

MITBÜRGER. Rheinland-Pfalz will als erstes Bundesland die Immunität seiner Landtagsabgeordneten fast ganz abbauen. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP bereiten für April die Vorlage eines gemeinsamen Antrags vor, der die im Artikel 94 der Landesverfassung verankerten Abgeordneten-Sonderrechte als „Relikt einer Staatsordnung, die nicht mehr

die unsere ist“ (CDU-Fraktionsvorsitzender Gaddum) abschaffen und die Mitglieder des Mainzer Landtags im Strafermittlungsverfahren „mit jedem anderen Bürger gleichstellen will“. Einzige Ausnahme: Eventuelle Freiheitsbeschränkungen sollen genehmigungspflichtig bleiben, weil sonst die Funktionsfähigkeit des Parlaments gefährdet und veränderte Mehrheitsverhält-

nisse geschaffen werden könnten. CDU-Gaddum: „Wir wissen nur noch nicht genau, wie sich die Sozialdemokraten verhalten werden.“ Nach Auskunft des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD, Thorwirth, stimmt die Opposition mit dem verfassungsändernden CDU/FDP-Antrag „in den Grundlinien überein“ und hält es „durchaus für möglich, daß die Sache bis zur Sommerpause durch ist“.

„VÖLLIG SINNLOSES ÄRGERNIS“

In einer Rede vor dem US-Kongreß setzte sich der konservative demokratische Senator des Bundesstaates Connecticut, Thomas Dodd, für die Ostpolitik der Regierung Brandt und darüber hinaus für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ein:

Ich meine, Bundeskanzler Willy Brandt gebührt Anerkennung für seine Bemühungen in den beiden letzten Jahren, das Unbehagen und den Argwohn über das Oder-Neiße-Problem zu beschwichtigen...

Die westlichen Verbündeten und die Bundesrepublik Deutschland vertreten formell den Standpunkt, daß bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, der den Zweiten Weltkrieg beendet, die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Grenze zwischen Polen und Deutschland rechtlich nicht anerkannt werden kann.

Aber nach 25 Jahren herrscht allgemeine Einmütigkeit darüber, daß die Räder der Geschichte nicht zurückgedreht werden können. In Deutschland sowie in Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten besteht ebenfalls eine zunehmende Tendenz, die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, um dieses völlig sinnlose Ärgernis in den Beziehungen zwischen Ost und West zu beseitigen.

Bis vor kurzem wäre es für jeden deutschen Politiker, selbst den kühnsten, äußerst schwierig gewesen, eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als permanente Grenze zwischen Deutschland und Polen zu befürworten. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg war noch zu frisch und der politische Druck der Millionen Deutschen, die aus den Ostgebieten vertrieben wurden, zu groß.

Aber alle diese Vertriebenen sind inzwischen von der west-

deutschen Wirtschaft praktisch absorbiert worden, und es ist höchst fraglich, ob viele von ihnen jetzt in die Ostgebiete zurückkehren möchten, selbst wenn das politisch möglich würde. Der innere Druck in Deutschland gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ist daher von Jahr zu Jahr geringer geworden.

Daß die öffentliche Meinung in Deutschland heute bereit wäre, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu akzeptieren,

zeigt sich ferner darin, daß die katholischen und protestantischen Bischöfe Deutschlands in getrennten Erklärungen auf die Anerkennung der gegenwärtigen polnischen Grenze im Interesse des Friedens gedrungen haben.

Dennoch war es eine sehr mutige Tat von Willy Brandt, dem damaligen Außenminister der Bundesrepublik

Deutschland, als er für die April-Ausgabe von „Foreign Affairs“ schrieb:

„Die Grenzziehung sollte der Errichtung einer friedlichen Ordnung in Europa nicht im Wege stehen. Wenn die Kräfte in Europa stark genug sind, ein Sicherheitssystem und letzten Endes eine stabile und gerechte Ordnung zu schaffen, werden sie durch Grenzfragen der Vergangenheit nicht aufgehalten werden. Vielleicht können die Erklärungen, die wir zur Frage der Wiedervereinigung dieser Kräfte abgegeben haben, so formuliert und gesichert werden, daß die gegenwärtigen Grenzen Polens für die Dauer anerkannt werden können, für die die Bundesrepublik sich festlegen kann, das heißt, bis zu einer friedlichen Regelung...“



Dodd

ROTES TUCH. Brief der „Jungen Arbeitnehmerschaft“ der CDU-Sozialausschüsse, unterzeichnet vom Vorsitzenden Hanshorst Viehof und Sekretär Hettinger, an den CDU-Spitzenkandidaten der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, Heinrich Köppler: „Die Junge Arbeitnehmerschaft des Rheinlandes hat sich in ihrer letzten Landes-Vorstandssitzung unter anderem mit der Frage beschäftigt, wie sich das von Ihnen in der Presse angekündigte Auftreten von Herrn Strauß mit Herrn Kiesinger im Landtagswahlkampf auswirken wird. Nach einhelliger Meinung aller Vorstandsmitglieder würde sich der Einsatz der oben genannten Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen insbesondere bei der jungen Generation und der Arbeitnehmerschaft, aber auch bei den sogenannten neuen Mittelschichten ausgesprochen negativ auf das Wahlergebnis auswirken. Das derzeitige Image von Herrn Kiesinger, besonders aber von Herrn Strauß scheint geradezu wie ein rotes Tuch auf breite Bevölkerungsschichten in unserem Land zu wirken. Die Junge Arbeitnehmerschaft hält es deshalb für klüger, beide Herren — die sicherlich ihre Verdienste haben — nicht im Landtagswahlkampf einzusetzen.“

FALSCHMELDUNG. SED-Funktionäre versuchten in Erfurt, die Informationspolitik der Bonner Delegation zu sabotieren. Als die Genossen erfuhren, daß Bundessprecher Ahlers nach dem Gespräch Stoph-Brandt noch eine kurze Pressekonferenz in der Internationalen Gartenbauausstellung (Iga) geben wolle, verbreiteten sie über die Rundspruch-Anlage im Pressezentrum der Iga die Falschmeldung, für die Journalisten stünden Busse zur Fahrt ins Stadtzentrum bereit. Ahlers-Referent Schneppen protestierte gegen die Fehlinformation, die bezwecken sollte, daß der Regierungssprecher bei seiner Ankunft keine Journalisten vorfinden würde. Schneppen kämpfte sich zum Mikrofon durch, wurde von SED-Funktionären jedoch wieder abgedrängt, kletterte daher auf einen Stuhl und schrie in den Saal: „Da ich hier gehindert werde, über das Mikrofon zu sprechen: Ahlers kommt doch und macht das Briefing.“ Die Journalisten blieben.

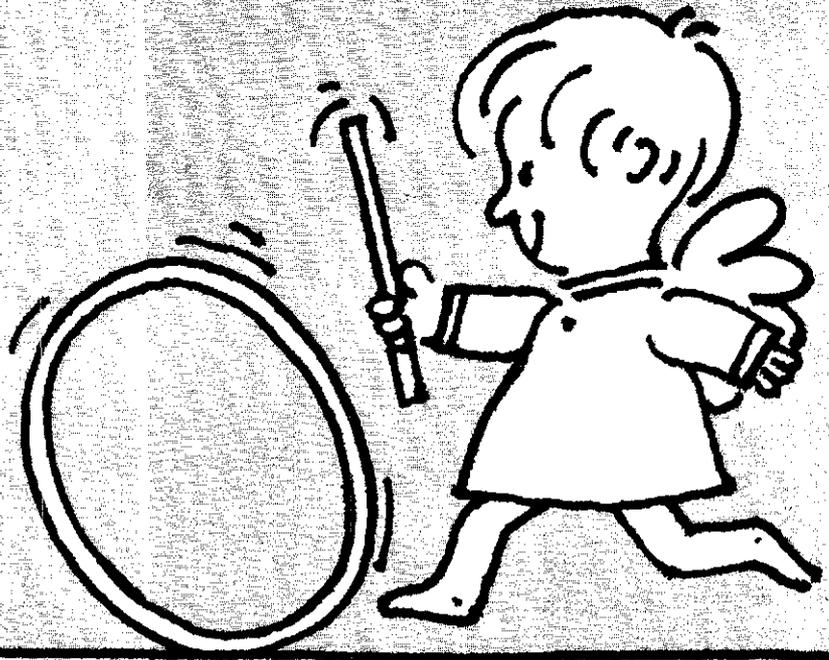


Polit-Marken

der rotchinesischen Post müssen westlichen Sammlern von Schmugglern zugeführt werden. Während der Kulturrevolution erkannte das Reich Maos das Briefmarken-Sammeln als westlich-dekadent, löste die staatliche Versandstelle „China Philatelic Company“ auf und ließ Briefe ins Ausland nur noch mit Stempeln freimachen. Trotzdem gelangte jetzt über Hongkong ein Wertzeichen in den Westen, das in China erst im Dezember 1969 auf den Markt kam. Pekings postinterne Beschreibung der 8-Fen-Marke: „Verteidigung der Insel Tschen Pao im Ussuri“. Auf Tschen Pao – russisch Damanski – war es im März 1969 zu heftigen Zusammenstößen zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen gekommen.

LEER-ZEIT. Rüsselsheimer Ingenieur-Studenten können die Kirche der örtlichen Wichern-Gemeinde wochentags als Hörsaal benutzen. Ein entsprechendes Angebot des Kirchenvorstands an die Leitung der teilweise erst in Bau befindlichen Ingenieur-Schule, das formell noch der Genehmigung der hessennassauischen Kirchenleitung in Darmstadt bedarf, begründete der Initiator, Pfarrer Karl-Heinz Haehnel, 45, mit der Notwendigkeit, umgehend etwas gegen den Platzmangel an bundesdeutschen Hochschulen zu tun. Haehnel: „Unser Vorschlag ist als Übergangslösung gedacht. Die Kirche ist die Woche über ja sowieso leer.“

Ihre Fertigung muß rollen



Bandfertigung, Großserienproduktion – da muß alles stimmen, alles muß im Takt sein, muß reibungslos laufen. Es geht noch viel reibungsloser, wetten? Vieles, was Sie bisher anders verbunden haben, können Sie jetzt kleben! Ein neuer Bostik-Kleber läßt Ihre Bänder ein bißchen schneller laufen. Tropfen drauf, zusammenfügen, fertig – schnell geht das, kaum zu glauben. Wir haben es uns selbst auch anfangs immer und immer wieder bewiesen.

Hannover-Messe
vom 25. 4. – 3. 5. 70
Halle 18 Stand 474



Kleben Sie nicht am Hergebrachten – Kleben ist einfacher!

Kleben, dichten und beschichten
Bostik[®]
Produkte und Systeme 

Bostik GmbH
637 Oberursel/Taunus Postfach 260

Bostik liefert Kleber und Klebe-Systeme für alle Industriezweige, Dichtungsmassen und Verarbeitungsgewerke, Metalloberflächenveredelungsverfahren, chemisch-technische Erzeugnisse für den Kraftfahrzeugbereich und Produkte für die Lack- und Klebstoffindustrie.